

Die Ergebnisse des Volksentscheids „Unser Hamburg – Unser Netz“ zum Rückkauf der Energienetze am 22. September 2013

Benjamin-Immanuel Hoff / Torsten Löser

Inhalt

1. Das Abstimmungsergebnis	1
2. Hintergrund	2
a. Inhalt und Träger der Volksinitiative	2
b. Die Positionen der Parteien	3
c. Die Umfragen	3

1. Das Abstimmungsergebnis

Parallel zur Bundestagswahl fand in Hamburg der Volksentscheid „Unser Hamburg – Unser Netz“ statt. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben – in jeder Hinsicht knapp -, die Entscheidung getroffen, dass der Senat und die Bürgerschaft fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte unternehmen müssen, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übertragen.

Vorläufiges Ergebnis des Volksentscheids „Unser Hamburg – Unser Netz“ am 22.09.2013

Wahlberechtigte	1.293.050	Endergebnis	Ja	Nein
Gültige Stimmen	866.136	in Prozent	50,9%	49,1%
Ungültige Stimmen	15.340	in absoluten Stimmen	440.690	425.446

Quelle: Landeswahlleiter Hamburg / Eigene Zusammenstellung / 01:20 Uhr, 1.677 von 1.686 Wahllokalen

Der Volksentscheid war der dritte und letzte Schritt im Volksabstimmungsverfahren. Um erfolgreich zu sein, waren folgende Hürden zu überwinden:

- die Mehrheit der Abstimmenden musste zustimmen und
- die Anzahl der JA-Stimmen der Mehrheit musste den in dem gleichzeitig gewählten Bundestag repräsentierten Hamburger Stimmen entsprechen. Diese Mehrheit errechnete sich aus den in Hamburg für Parteien abgegebenen Zweitstimmen, die den Einzug in den am 22. September neu gewählten Bundestag schaffen.

Dadurch, dass FDP und AfD den Sprung in den Bundestag verpassten und ihre Stimmen somit unter den Tisch fielen, war die zweite Hürde niedriger als erwartet.

Nach Auskunft des Landeswahlamtes lässt sich daraus aber noch nicht mit Sicherheit ableiten, dass sich die Befürworter des Netze-Rückkaufs durchgesetzt haben. Dazu müsse vermutlich das Endergebnis sowohl der Bundestagswahl als auch des Volksentscheids abgewartet werden. Das hier dargelegte Ergebnis ist insoweit vorläufig.

2. Hintergrund

a. Inhalt und Träger der Volksinitiative

Gestartet war die Volksinitiative Unser Hamburg - Unser Netz am 5. Juli 2010 mit dem Ziel der Rekommunalisierung der Energienetze und der Gründung „echter“ Stadtwerke. Getragen wird die Initiative von über 30 Bündnispartnern, dazu gehören unter anderem der BUND Hamburg, die Verbraucherzentrale Hamburg, Kirchen sowie Verbände aus dem Bereich Erneuerbare Energien. Zentrale Forderung ist die Rücknahme der Verteilnetze für Strom, Gas und Fernwärme zu 100 Prozent, um eine Umstellung auf eine dezentrale und effiziente Energieversorgung aus erneuerbaren Energien mit demokratischer Kontrolle dieser Infrastrukturen zu ermöglichen. Als Finanzierungshilfe für rekommunalisierte Energienetze in Hamburg wird sich die im April 2013 gegründete EnergieNetz Hamburg e.G. direkt oder indirekt um die zur Disposition stehenden Energienetz-Konzessionen bewerben.

Nachdem sich die Hamburgische Bürgerschaft die Ziele der Volksinitiative im Dezember 2010 nicht zu eigen gemacht hatte, meldete Unser Hamburg – unser Netz am 20. Januar 2011 beim Senat der Freien und Hansestadt das Volksbegehren form- und fristgerecht an. In der Zeit vom 1.–21. Juni 2011 wurden mit rund 116.000 Stück mehr als das Doppelte der notwendigen Unterschriften gesammelt. Damit ist das Volksbegehren zustande gekommen. Auf Grundlage dieses Volksbegehrens fand heute der Volksentscheid statt.

Die Volksgesetzgebung hat dabei in Hamburg seit ihrer Wiedereinführung in Hamburg 1996 eine Tradition: Bereits einmal war ein Volksentscheid zum Thema „Öffentliche Daseinsvorsorge“ erfolgreich. 2004 entschieden sich die Hamburger_innen mehrheitlich gegen die Privatisierung der landeseigenen Krankenhäuser. Trotz dieses Votums wurden diese später an Asklepios verkauft.

Mit der Annahme des Volksentscheides gegen die von der Bürgerschaft mehrheitlich beschlossene Schulreform wurde 2010 das Ende schwarz-grünen Senates eingeleitet. Ole von Beust trat als Bürgermeister zurück.

Die Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ strebte mit dem Volksentscheid an, *„die öffentliche Hand die Verantwortung für die Energiepolitik in Hamburg uneingeschränkt von den Interessen der Energiekonzerne im Sinne des Gemeinwohls und des Klimaschutzes wahrnehmen soll. Die Belange der Daseinsvorsorge, des Verbraucher- und des Klimaschutzes sowie die Sicherheit von Arbeitsplätzen müssen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger vorrangig im Blick bleiben.“*

Dafür sollen Bürgerschaft und Senat die Kontrolle über die Hamburger Strom-, und Gasverteilnetze und die Fernwärmeversorgung wieder vollständig in die kommunale Hand überführen. Die derzeitige 25,1 %-Beteiligung der Stadt an den Netzgesellschaften soll wieder aufgelöst werden. Wir wollen verhindern, dass die Fernwärmeversorgung für immer an Vattenfall fällt. Die Energienetze sollen als Instrumente der kommunalen Energiepolitik und der Energiewende eingesetzt werden. Die Gewinne aus dem Netzbetrieb und dem Fernwärmegeschäft sollen in Hamburg bleiben.“

Die Strom- und Gasnetze und die Fernwärmeversorgung mit Erzeugungsanlagen, Leitungen und Kunden sind nicht einzeln verkauft worden, sondern im Rahmen der Privatisierungen der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) und der Hein Gas zwischen 1997 und 2002 mitverkauft worden. Da die HEW scheinbar als Aktienpakete verkauft wurde und damals ja neben den Netzen auch noch Stromkunden, Stromkraftwerke, unter Anderem. Atomkraftwerke und hohe Rücklagen umfasste, kann vom damaligen Verkaufswert von circa 3,4 Mrd. Euro nicht auf heutige Werte für die Netze übertragen werden. Am Ende der Privatisierung wurde die HEW von Vattenfall aufgekauft und Hein Gas von E.on Hanse. Die Stadt ist nunmehr nur noch mit 25% beteiligt, hat damit eine Sperrminorität.

b. Die Positionen der Parteien

Die Volksinitiative stieß von Beginn an auf Ablehnung von SPD, CDU und FDP.

Die **SPD** argumentiert, vor allem mit zwei Argumenten. Im Zuge der Neuverhandlungen der Netzkonzessionen seien umfangreiche Vereinbarungen getroffen worden, die 1,6 Mrd. Euro Investitionen in die Energiewende beinhalten, Arbeitsplätze sichern und keine Unsicherheiten für den Hamburger Haushalt bedeuten. In den Vordergrund rückte die SPD dabei vor allem die drohenden Kosten für den Netzurückkauf von angeblich 2 Mrd. Euro und die juristischen Unwägbarkeiten. Es sei nicht sicher, dass Hamburg auch wirklich den Zuschlag bei einer Neuvergabe der Netze bekäme.

Im Gegensatz zum Schulvolksentscheid hat der Bürgermeister Olaf Scholz aber immer deutlich gemacht, dass er keinerlei persönliche oder politische Konsequenzen an das Ergebnis des Volksentscheids knüpfe.

Die **CDU** argumentiert ähnlich wie die SPD. Im Vordergrund steht auch hier, dass mit dem Netzurückkauf unvermeidbar hohe Kosten verbunden seien, ohne dass Verbraucher_innen hiervon einen erkennbaren Nutzen hätten.

Von SPD und CDU unterscheidet sich die **FDP** dadurch, dass sie auch die Minderheitsbeteiligung Hamburgs an den Netzen für verzichtbar hält und setzt sich auch für deren Verkauf ein.

Gemeinsam mit diesen drei Bürgerschaftsparteien sprachen sich auch die Hamburger Handelskammer, der Bund der Steuerzahler, verschiedene Betriebsräte und Teile der Gewerkschaften für ein NEIN beim Volksentscheid aus. Besonders pikant war dabei der Versuch von Vattenfall, sich aktiv werbend in die Kampagne zum Volksentscheid einzumischen. Auf Druck, vor allem auch des Landessprechers der LINKEN, musste Vattenfall hier einen Rückzieher machen.

Auf der Seite der Befürworter rückte **Bündnis 90/Die Grünen** vor allem die Energiewende und die Bedeutung der Netze für die Energiepolitik in den Vordergrund der Kampagne. Zudem ging es den Grünen auch immer darum, deutlich zu machen, dass die Netze zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören und mit ihnen auch Gewinn gemacht werden kann, der allen zugute kommen muss.

DIE LINKE verfolgte eine ähnliche Strategie, die neben vor allem auch die Politik der Konzerne zu Lasten der Allgemeinheit thematisierte und immer wieder versuchte, die Argumentation der Gegner_innen des Netzurückkaufs argumentativ zu widerlegen. Zudem war die LINKE die einzige Partei in der Bürgerschaft, die explizit und gezielt die Gruppe der 16 und 17jährigen ansprach, die beim Volksentscheid stimmberechtigt sind.

Auch die **Piraten** setzten sich für den Rückkauf der Netze ein.

c. Die Umfragen

Die durchgeführten Umfragen zum Volksentscheid, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kamen, konnten jeweils keine Repräsentativität beanspruchen und dienten insoweit eher zur propagandistischen Unterstützung der Befürworter/-innen oder Ablehnungsseite des Entscheids.

Im August veröffentlichte die Universität Hamburg die Ergebnisse des sogenannten Hamburg-BUS, mit dem sperrigen Titel „Erste Ergebnisse der zweiten Erhebungswelle der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg“. Die Erhebung fand zwischen dem 8.5.2013 und dem 24.6.2013 statt. Insgesamt wurden 636 Hamburgerinnen und Hamburger für diese Studie per Telefon befragt.

Darin führten die Autoren, Olaf Bock und Kai-Uwe Schnapp aus: „58% der Befragten stimmen der Forderung der Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ zu, dass die Stadt Hamburg das gesamte Stromnetz vom Energiekonzern Vattenfall zurückkaufen soll. Lediglich 42% der Befragten würden für die Vorlage des Hamburger Senats stimmen, die von allen Bürgerschaftsfraktionen mit Ausnahme der Linken unterstützt wird.“¹

Tabelle: Rückkauf Energienetze Anteil

Ich bin für den Vorschlag der Volksinitiative, also für den vollständigen Rückkauf der Energienetze.	58 %
Ich bin für den Vorschlag des Senats, also für eine strategische Beteiligung von 25,1 Prozent, weitere Rückkäufe sind nicht nötig.	42 %
Frage: Derzeit wird in der Stadt viel über den Rückkauf der Netze für Strom, Gas und Fernwärme, also der Energienetze, diskutiert. Die Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ fordert, dass die Stadt das Stromnetz vollständig zu 100 Prozent vom Energiekonzern Vattenfall zurückkaufen soll. Der Senat möchte es bei der bereits für 550 Millionen Euro gekauften strategischen Beteiligung von 25,1 Prozent belassen. Vier von fünf Fraktionen in der Bürgerschaft unterstützen den Senat. Angenommen Sie könnten am nächsten Sonntag bei einem Volksentscheid direkt zwischen diesen beiden Positionen zum Rückkauf der Hamburger Energienetze entscheiden. Für welche der beiden Positionen würden Sie sich entscheiden: (N = 581)	

Die Autoren ergänzen freilich: „18% der Rückkaufsbefürworter ändern allerdings ihre Meinung, wenn sie die Information berücksichtigen, dass der Rückkauf die Stadt etwa 1,5 Mrd. Euro kosten würde. Die Zustimmung zur Volksinitiative fällt dann auf ca. 48%.“²

Tabelle: Rückkauf der Energienetze kostet ca. 1,5 Mrd. Euro Ändert das Ihre Entscheidung?

Ja	18 %
Nein	82 %
Frage: Der vollständige Rückkauf der Netze würde ungefähr 1,5 Milliarden Euro kosten. Ändert diese Information etwas an Ihrer Entscheidung für einen Rückkauf der Netze? (N = 327)	

Bei einer Umfrage von „trend research“ im Auftrag von Radio Hamburg kurz vor der Abstimmung wurde ermittelt, dass sich 46% gegen die Vorlage der Initiative entscheiden, während 42% dafür stimmen wollen. Immerhin 9% hätten keine Meinung und 3% würden beabsichtigen, nicht an der Abstimmung teilnehmen zu wollen. An der Umfrage nahmen nach Angaben von Radio Hamburg 557 Hamburger/-innen ab 18 Jahren teil. Trend Research gab an, dass die Umfrage repräsentativ sei.

Die Kampagne pro Volksentscheid bezweifelte die Repräsentativität der Online-Umfrage von Radio Hamburg: „Den Unterschied zwischen Befürwortern und Gegnern machen bei der Strichprobengröße von 557 befragten Personen gerade mal 23 Menschen aus.“³

An anderer Stelle wurde methodisch eingewandt: „Zum einen wurden nur Personen ab 18 Jahren befragt. Beim Volksentscheid am 22. September sind jedoch nach einer Änderung des Wahlrechts Anfang des Jahres erstmals alle HamburgerInnen ab 16 Jahren wahlberechtigt. Das bedeutet, dass eine große Wählergruppe, die sich aufgrund des Altersunterschiedes von den übrigen in ihrer Meinung unterscheiden könnten, unter den Befragten nicht vertreten ist. Zum anderen handelt es sich bei der Umfrage um eine sogenannte Zufallsstichprobe, die online erhoben wurde. Hieraus entstehen für die

¹ http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/einrichtungen/forschungslabor/PM_long_HH-BUS_II_20130626.pdf

² Ebd.

³ <http://unser-netz-hamburg.de/ausgang-volksentscheid-es-bleibt-ein-kopf-an-kopffrennen/>.

Repräsentativität weitere Schwierigkeiten. Zunächst kann nicht sichergestellt werden, ob es sich bei den Befragten tatsächlich um wahlberechtigte HamburgerInnen handelt. Weiterhin kann nur schwer überprüft werden, ob es zu Mehrfachabstimmungen, etwa aufgrund der Mobilisierung bestimmter Interessengruppen, gekommen ist. Schließlich gibt Radio Hamburg im Kontext der Umfrage keine Daten über Altersgruppen, Geschlecht, Schulabschluss oder Wohnort an. Es kann daher nicht nachvollzogen werden, ob die Gruppe der Umfrageteilnehmer ein ausreichendes Abbild der Hamburger Wahlberechtigten darstellt, um als repräsentativ zu gelten.“⁴

* * *

Die Autoren:

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler, berät in Wahlkämpfen (MehrWertConsult) und ist Professor für Governance und Public Management an der BEST-Sabel-Hochschule Berlin.

Torsten Löser ist Geschäftsführer der Linksfraktion in der hamburgischen Bürgerschaft.

⁴ <http://hh-mittendrin.de/2013/09/kommentar-der-volksentscheid-ist-weiter-offen/>